



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

23.06.2022

Hagedorn: „Klares Bekenntnis im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün zur Munitionsbergung in der Ostsee fehlt – Meeresschutz nur eine Worthülse?“

(In der Anlage finden Sie zwei Bilder zur freien Verfügung)

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein ist entsetzt über das fehlende konkrete Bekenntnis der Kieler Koalition von CDU und Grünen zur Landesbeteiligung an einer drängenden Räumung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee – zwar wurde der Umfang der Seitenzahl des Koalitionsvertrages gegenüber 2017 verdoppelt und die Ministerposten erhöht, aber auf 244 Seiten fehlen jegliche konkreten Aussagen dazu, in wieweit sich das Land ab 2023 an einem vereinbarten Bund-Länder-Fonds zur Altlastenentsorgung in Nord- und Ostsee finanziell beteiligen will, um endlich das wichtige Startsignal für die zügige Bergung von Weltkriegsmunition anzupacken. Bettina Hagedorn gehört seit über 21 Jahren dem Haushaltsausschuss des Bundestages an und ist seit dieser Wahlperiode dessen stellv. Vorsitzende:

„Die Debatte um die sachgerechte Entsorgung von Munitionsaltlasten und die Sicherstellung von technischem Know-how zur Bergung durch hochqualifizierte Unternehmen im Norden ist nicht neu – aber passiert ist bislang nichts, obwohl es sich um eine ‚tickende Zeitbombe‘ handelt: die alte Munition verrottet und droht die hoch toxischen Inhalte unkontrolliert ins Meer abzugeben – mit enormen Gefahren für Natur und Mensch. Klar ist: die milliardenschwere Entsorgung

muss als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern angepackt werden, weswegen im Koalitionsvertrag der Berliner ‚Ampel‘ im November 2021 unter Mitwirkung der Kieler Finanzministerin Monika Heinold für die Grünen konkret festgeschrieben wurde (S. 40): *„Für die Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert.“* Im Bundestagswahlkampf 2021 hatten die Grünen in Schleswig-Holstein – unterstützt von der SPD – öffentlichkeitswirksam ein 100-Mio.-Euro-Sofortprogramm gefordert, das nun – hoffentlich – ab 1. Juli im Etat 2023 des grünen Umweltministeriums von Ministerin Steffi Lemke verankert sein wird. Aber wie beteiligt sich Schleswig-Holstein finanziell, damit dann im Herbst endlich Aufträge für neuartige maritime Bergungsplattformen an Spezialfirmen im Norden vergeben werden können? Die Bergung dieser Munition ist definitiv nicht alleinige Aufgabe des Bundes – wenn Schleswig-Holstein (zu Recht!) öffentlich am Lautesten nach der Lösung dieses gewaltigen Problems ruft, dann wäre es extrem unglaubwürdig, wenn sich das Land nicht in einem nennenswerten Umfang schon JETZT finanziell daran beteiligt. Aber im Kieler Koalitionsvertrag stehen dazu keine konkreten Summen, sondern nur bla-bla...“

Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Schwarz-Grünen auf S.142 Munitionsaltlasten: „In Abstimmung mit dem Bund, der maritimen Wirtschaft und der Wissenschaft unterstützen wir Projekte zur Bergung von Munitionsaltlasten. Wir setzen uns für eine Koordinierung der unterschiedlichen Projekte ein. Schleswig-Holstein hat national und international eine anerkannte Vorreiterrolle bei der Bewältigung der Herausforderungen und der Beseitigung von Munitionsaltlasten im Meer. Wir sehen in dem Werften-Angebot zur industriellen Entsorgung von Munitionsaltlasten in Nord und Ostsee eine realistische Chance. Diese wollen wir durch digitale Technologien weiter ausbauen und wirtschaftlich nutzbar machen. Die Initiativen des Bundes für das Sofortprogramm und den Bund-Länderfonds zur Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten begrüßen und unterstützen wir. Wir sind bereit, einen fairen Anteil zu einer soliden Finanzierung beizutragen.“

Und Zitat auf Seite 225: „Die Koalition versteht sich als Initiatorin und Förderin gemeinsamer Lösungen für die umweltpolitische Zusammenarbeit im Ostsee-

raum, den Klima- und Meeresschutz sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Schleswig-Holstein wird Antreiber bei der Beseitigung der Munitionsaltlasten bleiben.“

Bettina Hagedorn: „**Im Bundeshaushalt 2022 von Umweltministerin Steffi Lemke stehen bislang leider nur 400.000 Euro für eine entsprechende Ausschreibung für dieses Pilotprojekt in der Ostsee – das ist nur ‚ein Tropfen auf dem heißen Stein‘. Wenn Finanzminister Christian Lindner am 1. Juli 2022 dem Bundeskabinett den Regierungsentwurf für den Haushalt 2023 zum Beschluss vorlegt, dann erwarte ich von Umweltministerin Lemke, dass die 100 Mio. Euro für die nächsten Jahre ab 2023 darin fest verankert sind. Allerdings wäre es naiv zu glauben, dass dieses Geld ohne Beteiligung der Küstenländer fließen kann. Darum muss Monika Heinold schon mit dem Landeshaushalt 2023 ‚Farbe bekennen‘ und einen zweistelligen Millionenbetrag für die Bergung der Munitionsaltlasten verankern – schön wäre es gewesen, wenn genau DAS auch so im Koalitionsvertrag stünde, weil es für die Menschen an der Küste ein so wichtiges Thema ist. Engagierte Wissenschaftler, Meeresschutzorganisationen, kommunale Vertreterinnen und Vertreter entlang der Küste, Einheimische und Touristen sind nachvollziehbar in großer Sorge um den Meeresschutz in unserer Region.**“